



---

---

## **Innenausschuss**

### **21. Sitzung (öffentlich)**

14. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Alexander Happ

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
---	----------

Der Ausschuss kommt überein, TOP 5 – Thema „Clankriminalität endlich ganzheitlich bekämpfen“ – heute nicht zu behandeln.

<b>1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)</b>	<b>8</b>
---	----------

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1419 (Erläuterungsband)

Einführungsbericht  
der Landesregierung  
Einzelplan 03, Ministerium des Innern  
Vorlage 18/1606

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 2 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen** 13
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2553
- Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.
- 3 Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen** 16
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4132
- Ausschussprotokoll 18/289 (Anhörung am 08.08.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.
- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Nordrhein-Westfalen** 20
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/4760 (Neudruck)
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 5 Mit uns wird NRW Stärke zeigen: Die Clankriminalität endlich ganzheitlich bekämpfen – Neue Clans an ihrer Entstehung hindern – Unsere freiheitliche Ordnung verteidigen** **21**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/5418

– wird nicht behandelt

- 6 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** **22**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5468

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss überein, sich nachrichtlich an dieser Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

- 7 Ist das Vorgehen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Einführung einer Kostenerstattungspflicht für bestimmte polizeiliche Maßnahmen rechtswidrig? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** **23**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1599

– Wortbeiträge

- 8 Einstellungsjahrgang 2023: 3.000 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter für die Polizei NRW (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **28**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 9 Lagebild Clankriminalität 2022 – Welche Maßnahmen wird die Landesregierung gegen den Anstieg der Clankriminalität ergreifen? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1600
- Wortbeiträge
- 10 SEK-Einsatz mit schwerwiegenden Folgen in Bielefeld (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **39**
- In Verbindung mit:
- Rocker-Kriminalität in Ostwestfalen-Lippe: Sachstand Rocker-Razzia am 26. Juli 2023 in Bielefeld (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1614
- Wortbeiträge
- 11 Aufarbeitung des Polizeieinsatzes vom 08.08.2022 in Dortmund (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **41**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1615
- Wortbeiträge
- 12 Rasanter Anstieg der Einbruchs- und Diebstahlszahlen bei Handwerkern (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])** **43**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1605
- Wortbeiträge

Innenausschuss

14.09.2023

21. Sitzung (öffentlich)

ha

- 13 Todesfall bei einem Polizeieinsatz in Duisburg am 17.08.2023** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **44**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1603

– Wortbeiträge

- 14 Gute Ausbildung durch Brandschutz gefährdet? Wie sind die Ausbildungsbedingungen an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) am Standort Bielefeld** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])* **45**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1602

– Wortbeiträge

- 15 Klimakriminelle – Was tut Nordrhein-Westfalen?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **47**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1604

– keine Wortbeiträge

- 16 Clans in Nordrhein-Westfalen – Wer sind sie und wie heißen sie?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **48**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1616

– Wortbeiträge

- 17 Flüchtlingsheime in Nordrhein-Westfalen – Wie ist die Sicherheitslage?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **49**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1613

– Wortbeiträge

- 18 Ex-Mann attackiert Frau mit Messer, während sie ihr Kind auf dem Arm hält – Was ergab die Fahndung?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **50**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1619  
Vertrauliche Vorlage 18/98
- Wortbeiträge
- 19 Dortmund: Jugendliche stechen Mann in den Hals – Handelt es sich um einen Racheakt?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **51**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1612
- Wortbeiträge
- 20 19-Jähriger in Radevormwald ermordet – Welche Ermittlungsergebnisse liegen vor?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])* **52**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1601
- keine Wortbeiträge
- 21 Wuppertal: Schüsse am Busbahnhof lösen Großeinsatz aus** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 6])* **53**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1419 (Erläuterungsband)

Einführungsbericht  
der Landesregierung  
Einzelplan 03, Ministerium des Innern  
Vorlage 18/1606

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023)*

### **Minister Herbert Reul (IM) führt aus:**

Man muss kein Prophet sein, um zu ahnen, dass das Haushaltsjahr 2024 finanziell nicht einfach werden wird – Stichworte „Rezession“ und „Inflation“. Auf gut Deutsch: Dem Staat steht weniger Geld zur Verfügung. In der Steuerschätzung wurde allein zwischen Oktober 2022 und Mai 2023 ein Minus von über 600 Millionen Euro festgestellt, gleichzeitig wird sehr vieles teurer. Hierdurch werden die Spielräume der Politik eindeutig enger, dafür braucht man nicht Mathematik zu studieren.

Zur Wahrheit gehört auch, dass zahlreiche Entscheidungen aus Berlin, also aus der Bundespolitik, unseren Haushalt belasten, weil sie Geld kosten. Allein die im Bund Ende 2022 beschlossenen steuerlichen Entlastungen schlagen in Nordrhein-Westfalen mit 3,4 Milliarden Euro zu Buche; Geld, das wir nicht mehr einnehmen und das fehlt. Das durch den Bund auf den Weg gebrachte Entlastungspaket III kostet allein Nordrhein-Westfalen 640 Millionen Euro; Geld, das wir anders hätten ausgeben können.

Hinzu kommt, dass der Bund entgegen unseren Erwartungen in bestimmten Bereichen seine Hausaufgaben nicht erledigt, Stichwort: „Katastrophenschutz“. Rund 90 Millionen Euro hat die Bundesregierung allein beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und dem Technischen Hilfswerk gestrichen. Beim Digitalfunk verschiebt der Bund die dringend notwendige Netzmodernisierung in spätere Haushaltsjahre, anstatt sich jetzt darum zu kümmern.

Mit diesen Rahmenbedingungen gilt und galt es bei der Aufstellung des Haushalts umzugehen, deswegen habe ich es erzählt. Man könnte den Kopf in den Sand stecken wie der berühmte Vogel Strauß und mit dem Finger auf andere in Berlin zeigen und sagen: Die sind schuld. – Das hilft aber nicht. Wir müssen diese Fakten kennen, mit den Bedingungen umgehen und realistische Lösungen finden, wie Sie es von mir gewohnt sind. Wir nehmen uns also vor, nichtbeeinflussbare Faktoren zur Kenntnis zu nehmen, und machen uns dann an die Arbeit.

Die Landesregierung hat intensiv beraten, um einen soliden Haushalt aufzustellen und sinnvoll mit dem Geld umzugehen. Die erste Entscheidung im Kabinett, und zwar von allen gemeinsam – auch von mir –, lautet, dass es einen Schwerpunkt gibt: Bei Kindern und Jugendlichen wird nicht gespart. Deswegen ist das Schulministerium von Sparvorgaben befreit, und deswegen werden auch das Altershelferprogramm und die Sprach-Kitas aus dem Bereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration aus allen Ressorts gemeinsam finanziert. Alle anderen Ressorts haben zugunsten dieser Vorhaben umgeschichtet, also noch einmal gespart. Ich sage das, damit Sie den Hintergrund und die Haushaltsslage kennen. Das war richtig, ich teile das und habe überhaupt nichts daran zu bemängeln.

Die Überschrift über dem Etat für innere Sicherheit lautet, dass wir weiterhin zu dem Kurs der inneren Sicherheit stehen. Zu manchem, was ich in Kommentaren und Meinungsäußerungen lese, muss ich sagen: Der eine oder andere hat den Schuss noch nicht gehört. – Es wird teilweise das Bild gezeichnet, die Polizei müsse morgen schließen, weil kein Geld mehr vorhanden sei. Das ist völliger Unsinn.

Der nun vorliegende Haushalt für das Innenressort ist nach wie vor der größte in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt erhöhen wir ihn im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 72 Millionen Euro und erhalten so einen Gesamtausgabenetat von über 7,1 Milliarden Euro.

Allein der Polizeietat beträgt über 4,06 Milliarden Euro. Zur Erinnerung: Im Jahr 2016 betrug der Polizeietat 3 Milliarden Euro. Heute ist es also offensichtlich etwas mehr. Nicht umsonst ist die nordrhein-westfälische Polizei die modernste und bestausgestattete Polizei in Deutschland. Dafür haben wir in den letzten Jahren viel investiert. Sie kennen die Stichworte: Smartphones, Bodycams, Schutzausrüstung usw.

Beim Personal gibt es auch im Jahr 2024 keine Abstriche. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart und in den vergangenen Jahren praktiziert, wird die Einstellungsoffensive, für mich das wichtigste Projekt, fortgeführt. Im Jahr 2024 wird eine Rekordzahl an Polizistinnen und Polizisten die Ausbildung beenden und übernommen werden. So viele, wie jetzt in der Ausbildung sind, haben sie noch nie abgeschlossen. Dafür richten wir über 1.100 zusätzlichen Planstellen zur Übernahme und damit so viele wie nie zuvor ein.

Im kommenden Jahr wird sich die Zahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten abzüglich der Pensionierungen von vormals rund 40.000 auf über 41.000 erhöhen. Wir gleichen also nicht nur Defizite aus, sondern wir wachsen; die Polizeifamilie wird jünger und größer.

Vor einigen Wochen saßen wir zusammen und haben große Zweifel gehabt, ob wir das Ziel von 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern wirklich erreichen können. Viele haben gesagt: Das schafft ihr nie, das klappt nicht, das wird nicht funktionieren, das ist unmöglich. – Das kennt man ja. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgearbeitet haben. Das ist ein riesiges Gemeinschaftsprojekt von vielen in



der Polizei und in der Hochschule gewesen. Es hat geklappt, der Aufwand hat sich gelohnt, der Einsatz war gut.

(Beifall von der CDU)

Wir werden unsere Polizeikräfte auch künftig professionell ausstatten. Wir haben in den letzten Jahren die Zeit genutzt und den Ausstattungsrückstand aufgearbeitet. Das hilft uns heute. Was Polizistinnen und Polizisten heute am Koppel tragen bzw. im Auto haben, konnten sich die meisten vor ein paar Jahren noch gar nicht vorstellen. Wir werden auch weiterhin in moderne Technologien investieren. Für IT-Ausstattung und die Digitalisierung sieht der Haushaltsentwurf zum Beispiel erneut über 235 Millionen Euro vor.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Budget umgehen und planen müssen. Das bedeutet, dass es hier und da nicht so einfach weitergehen wird. Nicht alles, was auf der Wunschliste steht, wird jetzt bestellt. Es gibt Sachen, die fände man toll, können jetzt aber nicht gemacht werden. Dabei wird nicht nach dem Prinzip „Gießkanne“ vorgegangen und überall pauschal ein bisschen reduziert, vielmehr haben wir uns das angeschaut und uns gefragt, wo sich aus den vergangenen Haushaltsjahren, den Abwicklungen, die wir kennengelernt haben, den Umsetzungsmöglichkeiten – Stichwort: „Lieferkette“ und andere – Spielräume ergeben. Wofür wird das Geld nicht unbedingt im Jahr 2024 gebraucht? Was kann vielleicht auch später gemacht werden?

Wir werden im kommenden Jahr nicht alle Streifenwagen ausschreiben, wie wir es eigentlich geplant hatten. Man könnte das als „dramatisch“ oder „Katastrophe“ bezeichnen. Erstens fahren die Autos weiter, sie werden nur ein Jahr älter. Das ist kein Drama. Zweitens ist das vielleicht sogar eine Chance – ich empfinde es mittlerweile so –: Bestellten wir jetzt wie immer gleiche Autos für alle, wären es Dieselfahrzeuge. Warum? Weil uns die momentan am Markt erhältlichen Alternativen nicht helfen. Wir können nicht der nächsten Schicht sagen: Die Autos sind jetzt am Stecker, ihr fahrt heute nicht.

Wir haben noch nicht das richtige Konzept, und vor allem gibt es am Markt kaum Alternativen. Deswegen prüfen wir jetzt, bei welchen Dienstfahrzeugen eine Umstellung auf E-Antriebe oder andere Antriebsarten sinnvoll sein könnte. Dafür brauchen wir Zeit. Außerdem ist dieser Markt durch neue Modelle mit immer besseren Leistungsdaten und sich gleichzeitig ständig verbessernder Infrastruktur sehr in Bewegung. Vielleicht gibt es im Jahr 2025 ein serienreifes Modell, welches heute noch ein Prototyp ist, das für die Polizei sehr interessant wird.

Anhand des Beispiels zeigt sich, dass nicht jedes Sparen ein Drama sein muss, erstens, weil es nicht so weh tut; die Wagen fahren weiter, und zweitens, weil man Zeit gewinnt, um sich auf die ohnehin anstehenden Fragen einzurichten: Welche Autos? Unterschiedliche oder gleiche? Welche Antriebsart?

Es werden auch keine Taser angeschafft. Die einen werden das beklagen, die anderen werden sagen: Wir haben abgemacht, dass wir erst einmal evaluieren. – Wir haben die Taser sehr breit ausgerollt und gute Ergebnisse, aber wir wollen sauber dargelegt

haben, wo Stärken und Schwächen sind. Daraufhin wird entschieden, ob und wie viele wir neu kaufen, also brauchen wir dafür dieses Jahr kein Geld.

(Marc Lürbke [FDP]: Das glauben wir Ihnen sofort!)

– Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Lürbke. Das ist hilfreich. Herr Lürbke glaubt mir jedes Wort. – Nein, das hat er nicht gesagt, das ziehe ich zurück.

(Heiterkeit von der CDU)

Ein anderes Beispiel sind die Gebäude. Sie wissen, dass mir die Modernisierung der Präsidien und der Wachen ein großes Anliegen war und ich da vor sechs Jahren richtig Gas gegeben habe. Nein, eigentlich haben Sie im Parlament das getan, weil Sie das Geld zur Verfügung gestellt haben. Wir hatten einen Investitionsstau von mehreren Jahrzehnten. Sie kennen das: Wachen, in denen Ratten rumlaufen, weswegen die Leute nach Hause fahren, um sich zu duschen. Das war und ist eine Katastrophe, die man nicht durch „Simsalabim“ löst.

Wir haben damals geschätzt, dass 1 Milliarde Euro benötigt wird. Wir haben fast 2,4 Milliarden Euro ausgegeben und damit richtig was weggeschafft. Das Thema ist damit nicht beendet, da noch viele zu erledigenden Aufgaben vorhanden ist. Je genauer man hinschaut, desto mehr Probleme findet man. Ich hätte vor sieben Jahren nicht geglaubt, dass wir es schaffen.

Die Konsequenz davon ist, dass wir sehr viele Verpflichtungsermächtigungen ausgesprochen haben, das Geld aber nur zum Teil verbaut ist, weil jedes Projekt natürlich einen Vorlauf hat. Im Klartext: Auch, wenn wir in diesem Jahr keine neuen Verpflichtungsermächtigungen einstellen, haben die Planer und Handwerker noch genug damit zu tun, mit dem vorhandenen Geld die Ziegel an die Wand zu bringen. Falls im Jahr 2025 wieder Spielräume vorhanden sind oder die Prioritäten es zulassen, können wir auch diesen Topf wieder zusätzlich bedienen.

Ein weiteres Beispiel ist der Digitalfunk. Hierfür hätten wir 2024 gerne noch mehr Geld ausgegeben, und zwar weitere 14 Millionen Euro. Das können wir aber nicht, und es liegt nicht an unserer Unfähigkeit, sondern daran – ich habe es schon gesagt –, dass der Bund mit der Netzmodernisierung nicht vorankommt und die Investitionen deshalb im kommenden Jahr keinen Sinn machen würden. Wir können nicht investieren, wenn die Voraussetzungen nicht geschaffen sind. Man kann dieses Geld also einsparen. Damit sorgt der Bund dafür, dass wir beim Breitbandausbau im für viele Anwendungen wichtigen Digitalfunk hinter den Plänen zurückliegen und die Möglichkeit haben, hier ohne Schmerzen zu sparen.

Kursorisch zu den anderen Kapiteln. Mit dem Haushalt 2024 wird auch die Stärkung des Katastrophen- und Feuerschutzes fortgeführt. Zum Beispiel erhält das selten bedachte Institut der Feuerwehr fünf neue Stellen. Sie könnten sagen, das sei nicht viel, aber es sind fünf Stellen mehr als vorher, mit denen wir die Lehre stärken. Auch am Institut der Feuerwehr wird also kräftig neu um- und ausgebaut werden. Im Jahr 2024 werden hier 15 Millionen Euro mehr bereitgestellt als im letzten Jahr und damit fast 63 Millionen Euro insgesamt; auf der Agenda stehen einige Beschaffungen wie Feuerlöschboote und Fahrzeuge.

Das Wichtigste im Kontext des Katastrophenschutzes – der Feuerschutz ist die wichtigste Frage – sind aber nicht materielle Dinge, sondern die Einrichtung der bereits im vergangenen Haushalt eingeführten Landestelle Katastrophenschutz, deren Aufbaustab bereits die Arbeit aufgenommen hat, sowie das beabsichtigte Update des BHKW. Beides kostet kein Geld.

In den Bezirksregierungen werden wir insgesamt 66 neue Planstellen und Stellen einrichten. Sowohl die Bezirksregierungen als auch ich hätten gerne mehr gehabt. Die Einrichtung betrifft insbesondere die Bereiche „Schule“, „Luftsicherheit“, „Besitzeinweisung und Enteignung“, den beschleunigten Braunkohleausstieg und die Krankenhausplanung – auch da sind Schwerpunkte gesetzt worden.

Wir kommen auch weiterhin unserer sozialen Verantwortung nach. Im Ministerialkapitel haben wir 30 neue Stellen für die Landesqualifizierung für arbeitslose Menschen mit Schwerbehinderung eingerichtet. Diese Menschen können nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahme in den Landesbehörden im gesamten Land eingesetzt werden.

Das war eindeutig der schwierigste Haushalt, um dessen Aufstellung ich mich zu kümmern hatte. Leichter ist es, wenn man mehr Geld hat und immer mehr Projekte bedienen kann. Ist das nicht der Fall, muss man überlegen, wo der Schwerpunkt liegt. Die Rahmenbedingungen haben uns das extrem schwer gemacht, aber ich sehe überhaupt keine Risiken für die innere Sicherheit. Sie können davon ausgehen: Das ist mit mir auch nicht zu machen. Bestmöglich für die Sicherheit zu sorgen, ist eines der zentralen Versprechen des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Versprechen gilt und wird gehalten.

An der einen oder anderen Stelle wird das eine oder andere nicht stattfinden oder erschwert werden; das haben andere vor uns hingekriegt, das bekommen auch wir hin. Die Hauptaufgabe bzw. das Hauptaugenmerk werden sein, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt und Steuereinnahmen fließen – das ist allerdings nicht unsere Baustelle –, dann sind wir nämlich alle wieder dabei.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vorsitzende Angela Erwin** erläutert, der Ausschuss habe sich darauf verständigt, dass heute keine Aussprache erfolgen solle, sondern lediglich Verständnisfragen gestellt werden könnten.

Das weitere Beratungsverfahren sehe vor, bis zum 29. September 2023 etwaige, schriftlich fixierte Fragen aus dem Kreis der Obleute an das Ministerium zu richten, deren schriftliche Beantwortung durch den Minister möglichst bis zum 20. Oktober erfolgen solle. Somit bleibe den Abgeordneten ausreichend Zeit, um sich auf die Sitzung des Innenausschusses am 9. November vorzubereiten, in der Abstimmungen über Änderungsanträge aus den Fraktionen und ein Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss erfolgten.

